

Deportation Class reloaded: Zur politischen Ökonomie der Abschiebemaschinerie

Yeni P. wurde am Morgen des 16. April tot in ihrer Zelle in der JVA Hahnöfersand aufgefunden. Wie David M. sechs Wochen zuvor, hatte sie sich angesichts ihrer drohenden Abschiebung erhängt. Ob diese beiden Selbstmorde in Abschiebhaft als Akte der Verzweiflung oder des Widerstandes zu werten ist, haengt von der politischen Perspektive der BetrachterIn ab. Zumindest haben sie die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die rigide Abschiebepaxis dieser sich gern als weltoffen gebenden Stadt gelenkt. Während die Hamburg sich international als „Tor zur Welt“ zu vermarkten sucht, ist es die Effizienz und Innovationsfreude der hamburgener Abschiebebehörden, die weltweit ihres gleichen sucht: Unter Leitung der hamburgener Ausländerbehörde wurden nicht nur die ersten europaweiten Sammelabschiebungen in eigens dafür angeheuerten Charterflugzeugen durchgeführt.¹ Ihre MitarbeiterInnen zeigen darüber hinaus bei der Beschaffung von für die Durchführung von Abschiebungen unabdingbaren Passersatzpapieren besonderen Ehrgeiz und haben dafür eigens ein Reisedokument entwickelt, dass die abzuschiebenden Inhaber zur einmaligen Einreise in ein von der Ausländerbehörde einzutragendes Land berechtigt.² Auch in der architektonischen Infrastruktur spiegeln sich Effizienz und kreative Innovativkraft wider: 2008 hat die Ausländerbehörde die Zentrale Erstaufnahmestelle für Asylbewerber zusammen mit der Abteilung „Rückführungen“ in Flughafennähe verlegt. Darüber hinaus ist in der Hansestadt mit Hamburg International eine Airline ansässig, die sich auf das lukrative Geschäft mit Abschiebungen spezialisiert hat.

Doch die ungewollte Aufmerksamkeit kommt nicht nur den politisch Verantwortlichen von GAL und CDU ungelegen, sondern auch all den FunktionsträgerInnen mit und ohne Uniform, die mit der alltäglichen Umsetzung von Abschiebungen beauftragt sind. Auch wenn die beiden jüngsten Selbstmorde in Abschiebhaft keine Einzelfälle ist, sind Todesfälle im Kontext von Abschiebungen nicht gewollt, sondern aus Perspektive der Verantwortlichen nicht mehr als ein nicht-intendierter, zu minimierender Betriebsunfall.³ Denn Effizienz bedeutet im Kontext von Abschiebungen, diese möglichst unbemerkt und unter Ausschluss der Öffentlichkeit durchzuführen.

Denn im Gegensatz zu den Schlagbäumen an den Grenzen eignen sich Abschiebungen nicht dazu, Gefühle der nationalen Zugehörigkeit zu schaffen. Historiker wie Benedict Anderson und Eric Hobsbawn haben auf den letztlich fiktiven Charakter von Nationen hingewiesen. Demnach sind Nationen für ihre Konstitution und Reproduktion darauf angewiesen sind, dass Menschen sich mit ihnen identifizieren und sich als Mitglieder dieser vorgestellten Gemeinschaften verstehen. Dabei sind Grenzen der sichtbare Beweis dafür, dass Nationen auch im Zeitalter einer global vernetzten Welt noch immer auf der Logik der Exklusion basieren und Prozesse der Identifikation mit ihnen untrennbar mit der Alterisierung und dem Ausschluss des vermeintlich Anderen verbunden sind. Die EU ist insofern als ein postnationales Projekt zu verstehen, als dass sie sich gerade dadurch zu legitimieren und Gefühle der Zugehörigkeit zu generieren versucht, indem sie ihren BürgerInnen Mobilität über nationale Grenzen hinweg verspricht. Dennoch bleibt sie der Logik der Exklusion verhaftet, weil dieses Privileg weiterhin an den exklusiven Zugang zur Bürgerschaft einer ihrer Mitgliedsstaaten gekoppelt bleibt. Somit wird die Praxis der Reisenden, sich bei der Passkontrolle im Flughafen an der eigens für sie eingerichteten schnellen Warteschlange für EU-Bürger anzustellen zum Akt der Identifikation mit dem europäischen Projekt.

1 Der Artikel „Abschiebeflug FHE 6842“ schildert sehr eindrücklich, was eine Abschiebung für die Deportierten bedeutet: <http://www.zeit.de/2008/03/Abschiebeflug>

2 Vgl. dazu den Artikel „Hamburger Abschiebepaxis: Bloß raus“ von Ron Steinke: <http://www.linksnet.de/de/artikel/19060> sowie den Artikel „Guineer werden ist nicht schwer“ in der Jungle World vom 23. Oktober 2008 unter: <http://jungle-world.com/artikel/2008/43/27229.html>

3 Laut der antirassistischen Initiative Berlin (ARI) töteten sich zwischen 1993 und 2009 154 Flüchtlinge angesichts ihrer drohenden Abschiebung oder starben bei dem Versuch, vor der Abschiebung zu fliehen, davon 59 Menschen in Abschiebhaft. Vgl. http://www.ari-berlin.org/aktuelles/PE_deutsch_17.pdf

Doch an den Grenzen wird die Nation nicht nur auf symbolischer Ebene hergestellt, sondern auch in einem buchstäblichen, biologischen Sinne. Denn hier wird entschieden, wer sich unter welchen Bedingungen auf dem nationalen Territorium aufhalten, dort arbeiten und reproduzieren darf. Grenzen sind somit die Orte schlechthin für die Ausübung dessen, was Michel Foucault als Biopolitik bezeichnet hat: dort wird nicht nur Wissen über die Bevölkerung produziert, vielmehr wird dieses zu regulierende Objekt selbst erst durch Grenzkontrollen aktiv hergestellt.

Abschiebungen und alles was mit ihnen zusammenhängt (Beschaffen von Papieren, Botschaftsanhörungen, Abschiebehaft, Altersfeststellungen etc.) werden im Gegensatz zu Grenzkontrollen diskret und soweit als möglich unter Ausschluss der Öffentlichkeit durchgeführt. Die erzwungene Ausweisung eines Menschen unter Anwendung von Gewalt taugt nicht für die symbolische Reproduktion des nationalen Kollektivs – sie macht nur das Problematische daran sichtbar und bewusst. Zudem sind Abschiebungen nicht nur schlecht fürs Image – sei es für den sie durchführenden Staat oder die daran beteiligten Unternehmen – sie sind auch sehr teuer.⁴ Rechnet man allein die direkt mit der Abschiebung anfallenden Kosten wie die Gehälter der direkt mit ihrer Planung und Durchführung beteiligten BeamtInnen, Bestechungsgelder für Passersatzpapiere, Flugkosten usw. zusammen, dürften sich diese pro Abschiebung auf mehrere 10.000 Euro belaufen. Wenn Abschiebungen also sowohl politisch als auch ökonomisch enorm kostspielig sind, stellt sich die Frage, warum so ein immenser Aufwand für ihre Durchführung betrieben wird.

Abschiebungen sind ein integraler Bestandteil des europäischen Migrationsregimes. In einem Strategiepapier der EU-Kommission von 2001 heisst es, dass „die Rückkehrpolitik [...] ein zentrales Element im Kampf gegen die illegale Einwanderung ist.“⁵ Dieser Satz suggeriert, dass die Abschiebemaschinerie aufgrund der Befürchtung immer weiter ausgebaut wird, dass eine Tolerierung des Aufenthalts von MigrantInnen ohne gültige Aufenthaltspapiere zu einer weiteren Zunahme der „illegalen“ Migration führen würde. Während der Satz somit den Mythos von der „Festung Europa“ zu bestätigen scheint, hat sich in der antirassistischen Linken mittlerweile die Erkenntnis durchgesetzt, dass der wesentliche Effekt des europäischen Migrationsregimes nicht in der Abschottung vor, sondern in der Entrechtung von MigrantInnen besteht. Denn verschwiegen wird in den offiziellen Verlautbarungen der EU, dass Abschiebungen gerade dann einen nicht zu vernachlässigen ökonomischen Effekt haben, von dem ganze Wirtschaftszweige wie die Landwirtschaft oder der Bausektor tagtäglich profitieren, wenn sie NICHT durchgeführt werden, aber jederzeit durchgeführt werden können.

Der Migrationsforscher Nicolas de Genova hat am Beispiel der U.S.A bereits 2002 seine These der Deportabilität herausgearbeitet. Demnach ist an Abschiebungen nicht ihre tatsächliche Realisierung entscheidend, sondern das Gefühl der Verwundbarkeit, dass allein ihre potentielle Umsetzung bei all denjenigen erzeugt, die über einen prekären oder keinen gültigen Aufenthaltstitel verfügen. Nicht durch die Abschiebung selbst, sondern bereits durch die Möglichkeit ihrer Exekution werden MigrantInnen zu gefügigen, weil erpressbaren und somit leicht ausbeutbaren Arbeitskräften diszipliniert. Erst durch den Zustand der Deportabilität – die reale, permanent spürbare Gefahr, jederzeit abgeschoben werden zu können – wird der durch Gesetze aktiv hergestellte juristische Nicht-Status der „Illegalität“ wirkungsmächtig. Nur solange das Damoklesschwert einer möglichen Abschiebung über den MigrantInnen schwebt, sind diese bereit, auch die widrigsten Arbeitsbedingungen und die unmöglichsten Arbeitszeiten zu den niedrigsten Löhnen zu akzeptieren. Nicolas de Genova zu Folge ermöglicht der Zustand der Deportabilität somit vor allem eins: die Maximierung dessen, was Marx als Mehrwertrate bezeichnet hat, also den ungleichen

4 Ein Beispiel dafür, dass diese Tatsache ein erfolgreicher Ansatzpunkt für antirassistische Politik sein kann, war die gegen die Lufthansa gerichtete Kampagne „Deportation Class“. Vgl. http://www.aktivgegenabschiebung.de/links_depclass.html

5 Vgl. Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament über eine gemeinsame Politik auf dem Gebiet der illegalen Einwanderung. KOM(2001) 672 endgültig, Brüssel, den 15.11.2001, S. 28.

Tausch der Ware Arbeitskraft gegen Geld.⁶

Dieser ökonomische Effekt der Abschiebemaschinerie ist nicht als Ergebnis einer geheimen Übereinkunft zwischen den davon profitierenden Kapitalesegmenten und den politisch verantwortlichen Funktionsträgern zu verstehen. Um nicht in Verschwörungstheorien zu verfallen oder von einem omnipotenten Staatsapparat auszugehen, dessen Migrationspolitik das Resultat konsistenter Planungen und intendierter Handlungen ist, hat sich in der Migrationsforschung der Begriff des Grenz- bzw. Migrationsregimes durchgesetzt. Die Versuche zur Regulation und Kontrolle grenzüberschreitender Mobilität werden hier gemäß der materialistischen Staatstheorie als Verdichtungen der Handlungen einer heterogenen Vielfalt von teilweise miteinander konkurrierenden Akteuren gedacht, deren Maßnahmen zwar aufeinander bezogen sind, aber keiner einheitlichen Strategie folgen.⁷

Ein Blick nach Hamburg genügt, um zu verdeutlichen, dass diejenigen, die von der Ausbeutung illegalisierter Arbeitskräfte und somit von der gut funktionierenden Abschiebemaschinerie profitieren, keine finstren KapitalistInnen in Nadelstreifenanzug, sondern in allen Stadtteilen und sozialen Schichten zu finden sind. Denn unabhängig davon, ob es laut der Studie „Leben ohne Papiere“ nun zwischen 6.000 und 22.000 oder gemäß früherer Schätzungen bis zu 65.000 Menschen sind, die ohne gültige Aufenthaltspapiere in dieser Stadt leben, profitieren die meisten HamburgerInnen direkt oder indirekt von den Arbeiten, die sie z.T. zu den unmöglichsten Zeiten unter den denkbar schlimmsten Bedingungen für Stundenlöhne von wenigen Euro verrichten: nach und vor Betriebsschluss reinigen sie die Büros in der Hafencity und anderswo, ermöglichen als Küchenhilfen den Mittagstisch für fünf und weniger Euro, malochen für einen ähnlich geringen Stundenlohn auf kleinen, privaten aber auch großen, städtischen Baustellen, bieten auch die ungewöhnlichsten sexuellen Dienstleistungen zu unterdurchschnittlichen Preisen an oder putzen in Privathaushalten und versorgen den dortigen Nachwuchs, während das im Supermarkt an der Ecke gekaufte Obst und Gemüse mit hoher Wahrscheinlichkeit von einem in Spanien, Italien oder Griechenland lebenden Sans Papier geerntet wurde. Diese Arbeitsverhältnisse sind mit Yann Moulrier Boutang als unfrei zu bezeichnen, da sie nur aufgrund des prekären bzw. fehlenden Aufenthaltsstatus möglich sind, durch den die Betroffenen leicht erpressbar und von ihren ArbeitgeberInnen abhängig gemacht werden. Dabei ist es v.a. die Furcht vor einer möglichen Abschiebung, die sie davon abhält, eine rechtlich auch ihnen zustehende angemessene Entlohnung, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, geregelte Arbeitszeiten oder Ansprüche auf bezahlten Urlaub und eine Unfallversicherung einzufordern oder gar vor Gericht einzuklagen.⁸

Geht man mit Yann Moulrier Boutang – und gegen Marx – davon aus, dass die mit Einführung der doppelt freien Lohnarbeit entstandenen nationalen Arbeitsmärkte für ihr Funktionieren auf einen permanenten Zufluss exogener, unfreier Arbeitsverhältnisse angewiesen sind, dann wird deutlich, warum es sich bei der euphemistisch als „Rückkehrpolitik“ bezeichneten Abschiebep Praxis – wie bei Migrationspolitik im Allgemeinen – de facto um Arbeitsmarktpolitik und somit um einen zentralen Aspekt der Wirtschaftspolitik handelt.⁹ Eine Kampagne gegen die Abschiebemaschinerie müsste diese ökonomische Dimension berücksichtigen, wenn sie politisch erfolgreich sein will. Dies würde nicht nur eine Alternative zu der humanistischen Rhetorik eröffnen, die innerhalb des antirassistischen Diskurses bis heute dominiert, sondern auch vielfältige Anknüpfungspunkte zu

6 Vgl. Nicolas de Genova (2002): Migrant "Illegality" and Deportability in Everyday Life, in: Annual Review of Anthropology, 31. Jahrgang, Heft Nr. 3, S. 419-447.

7 Vgl. hierzu die Aufsätze in dem sehr lesenswerten Sammelband „Turbulente Ränder“ der Forschungsgruppe Transit Migration von 2007.

8 Vgl. dazu die 2009 veröffentlichten Ergebnisse der vom Diakonischen Werk Hamburg, der Nordelbischen Kirche und der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi in Auftrag gegebenen Studie „Leben ohne Papiere. Lebenssituation von Menschen ohne gültige Aufenthaltspapiere in Hamburg.“

9 Vgl. Yann Moulrier Boutang (1998): De l'esclavage au salariat. Économie historique du salariat bridé. Paris (Presses Universitaires de France), S. 11-12.

anderen Themen und Kampagnen ermöglichen. Denn ein Merkmal der neoliberalen Umstrukturierung besteht darin, dass unfreie Arbeitsverhältnisse nicht mehr ausschließlich durch die systematische Entrechtung von MigrantInnen hergestellt, sondern z.B. durch 1€-Jobs auf die biodeutsche Bevölkerung ausgeweitet werden. Die Maxime antirassistischer Politik muss dabei in der konkreten Verbesserung der Lebensbedingungen der durch das Migrationsregime graduell entrechteten MigrantInnen bestehen, deren extremste Form die Illegalisierung darstellt. Dies erfordert zum einen, eine größere Anerkennung und Unterstützung für die Basisarbeit, die von antirassistischen Initiativen wie dem Café Exil, der medizinischen Beratungsstelle oder dem bei Verdi angesiedelten Projekt Migrar geleistet wird, aber innerhalb der linken Szene häufig als symptom bekämpfende „Sozialarbeit“ abgetan wird. Zum anderen bedeutet es die Herausforderung, die hiesige Abschiebep Praxis und den rassistischen Konsens, der hinter der Existenz der unfreien Arbeitsverhältnisse steht, zu skandalisieren, ohne den zumeist prekären Aufenthalt der MigrantInnen zu gefährden. Ein Anfang könnte die europaweite Aktionswoche gegen Abschiebungen sein, zu der das Netzwerk „stop deportation“ vom 1. bis zum 6. Juni aufgerufen hat. Denn nicht nur aufgrund der jüngsten Todesfälle in Abschiebehaft, sondern insbesondere wegen der eingangs dargestellten Kreativität und Innovationsfreude der hiesigen Abschiebebehörden bleibt zu hoffen, dass Hamburg zu einem der Aktionsschwerpunkte werden wird.¹⁰

anti(ra)²dio

Anregungen und Kritik an: antirainfo@fsk-hh.org

¹⁰ Der Aufruf findet sich unter: <http://stopdeportation.net>